

**40. Petition 13/184 betr. Beschwerde über die Landesgesundheitsbehörde, Schutzimpfungen**

Die Petition ist Teil einer „Serienbrief“-Kampagne von Impfgegnern, mit der die Gesundheitsbehörden von Bund und Ländern seit mehreren Monaten überzogen werden. In diesem Zusammenhang standen auch die im o. g. Anschreiben aufgeführten Petitionen Nr. 12/8519 und Nr. 13/73. Alle diese Schreiben bringen mit leicht variablem, aber weitgehend identischem Inhalt dasselbe Anliegen vor.

Die aktuelle Petition zielt darauf ab, dass in Baden-Württemberg „nur solche Impfungen gemacht werden, die dem hohen Anspruch des Gesetzes standhalten können und nicht auf Grund des statistisch sicheren Impfschadensrisiko als Körperverletzung bewertet werden müssen“. Die Petentin behauptet dabei, „dass die Gesundheitsbehörden in Baden-Württemberg wissen, dass diese Grundanforderungen nicht erfüllt sind“.

Im Gegensatz zu den anderen beiden Petitionen bezieht sich die Petentin nicht auf eine konkrete Erkrankung, gibt aber als Begründung für ihr Anliegen ebenfalls § 1 Abs. 2 Infektionsschutzgesetz (IfSG) an, wonach „Schutzimpfungen dem jeweiligen Stand der Wissenschaft und Technik entsprechen müssen“.

Auf die Ausführungen zu den beiden Petitionen Nr. 12/8519 und 13/73 in den Landtagsdrucksachen 13/301, lfd. Nr. 49 und 13/301, lfd. Nr. 42, wird verwiesen.

In Baden-Württemberg werden öffentlich ausschließlich Impfungen empfohlen, deren Wirksamkeit auf Grund der Gesamtbewertung der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnis und damit der Dokumentation des jeweiligen Standes der Wissenschaft durch die beim Robert Koch-Institut eingerichtete Ständige Impfkommission (STIKO) erwiesen ist und deren Risiko-Nutzen-Analyse zugunsten des Nutzens spricht. Die Petition ist unbegründet.

**Beschlussempfehlung:**

Auf Grund der gegebenen Sach- und Rechtslage kann der Petition nicht abgeholfen werden.